

# Normalität oder Normalisierung?

## Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse

herausgegeben von

Heide Gerstenberger und Dorothea Schmidt

Westfälisches Dampfboot  
1987

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek  
**Normalität oder Normalisierung?:** Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse/hrsrg. von Heide Gerstenberger u. Dorothea Schmidt. – 1. Aufl. – Münster: Westfälisches Dampfboot, 1987  
 ISBN 3-924550-23-9  
 NE: Gerstenberger, Heide [Hrsg.]



758361

1. Auflage Münster 1987  
 Verlag Westfälisches Dampfboot, Breul 11a, 4400 Münster  
 (c) bei den Autoren  
 Satz: Marlis Dormann, Münster  
 Druck: Druckwerkstatt Hafen GmbH, Münster  
 Umschlagentwurf: E. Kleinlosen  
 Printed in Germany  
 ISBN 3-924550-23-9

## Inhaltsverzeichnis

1. <i>Heide Gerstenberger/Dorothea Schmidt: Einleitung</i> .....	9
2. <b>Ansätze zur Erforschung des gewöhnlichen Lebens im Nationalsozialismus</b>	
<i>Alf Lüdtke</i>	
„Formierung der Massen“ oder: Mitmachen und Hinnehmen? „Alltagsgeschichte“ und Faschismusanalyse .....	15
<i>Heide Gerstenberger</i>	
Alltagsforschung und Faschismustheorie .....	35
<i>Dorothea Schmidt</i>	
Die peinlichen Verwandtschaften – Frauenforschung zum Nationalsozialismus .....	50
3. <b>Faschistische Herrschaftspraxis und Berufsnormalität</b>	
<i>Dietrich Milles</i>	
Zur Kontinuität betriebsärztlicher Aufgaben und Sichtweisen .....	66
<i>Michael Zimmermann</i>	
Eine Deportation nach Auschwitz. Zur Rolle des Banalen bei der Durchsetzung des Monströsen .....	84
<i>Friedrich Gerstenberger</i>	
„Heeres-Elite“ und nationalsozialistische Herrschaft .....	97
4. <b>Lokalstudien zur Faschismusanalyse</b>	
<i>Inge Marßolek</i>	
Bürgerlicher Alltag in Bremen – oder „die zähe Fortdauer der Wonnen der Gewöhnlichkeit“ (Christa Wolf) .....	115
<i>Werner Träpp</i>	
Von der Peripherie des Reiches zur Tourismus-Metropole am Bodensee? – Eine deutsche Grenzstadt zwischen den beiden Weltkriegen .....	125
<i>Wolfgang Schäfer</i>	
Nationalsozialismus im Arbeiterdorf – Ein Bericht aus einer braunen Hochburg .....	138
<i>Axel Schildt</i>	
Lokalhistorische Erkundungen des Nationalsozialismus – das Beispiel Hamburg (ein kurzer Überblick über neuere Projekte) .....	149

159 336

<b>5. Theoretische und praktische Kritik von Strategien zur historischen Normalisierung des deutschen Faschismus</b>	
<i>Adelheid von Saldern</i>	
Hillgrubers „Zweierlei Untergang“ – der Untergang historischer Erfahrungsanalyse? . . . . .	160
<i>Barbara Hahn/Peter Schöttler</i>	
Jürgen Habermas und „das ungetrübte Bewußtsein des Bruchs“ . . . . .	170
<i>Richard J. Evans</i>	
Der Historikerstreit in internationaler Perspektive . . . . .	178
<i>Thomas Lutz</i>	
Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes – Landmarken gegen die Wende-Geschichtsschreibung . . . . .	191
<i>Frank Thomas Gatter</i>	
Institutionen der „Wende“: Häuser der Geschichte und die Rolle der Archive . . . . .	204
<i>Frank Sygusch</i>	
Auswahlbibliographie zum „Historikerstreit“ . . . . .	212
Die Autoren . . . . .	221

## Bürgerlicher Alltag in Bremen – oder „die zähe Fortdauer der Wonnen der Gewöhnlichkeit“ (Christa Wolf)

von Inge Marßolek

„Den ersten Kriegssommer verbrachten wir in unserem Bad Kösemer Landhaus . . . Es herrschte eine rechte Tschechow Atmosphäre. Irgendwo fern in der Türkei schlugen die Heere aufeinander.“<sup>1</sup>

Die Heere schlugen nicht in der fernen Türkei aufeinander: Im Sommer 1940 war nicht nur Polen besetzt, die deutsche Wehrmacht hatte bereits Belgien, Frankreich, Norwegen, Dänemark und die Niederlande überfallen. Die Erinnerungen von Nicolaus Sombart an seine Jugend im bürgerlichen Grunewald zeigen, daß die Idylle der Kindheit auch weiterhin Bestand hatte, ja daß dieses „Biotop der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Spätphase“<sup>2</sup> bis in den Krieg hinein vom NS-Regime nicht angetastet wurde. Nun ist sicherlich der Gelehrtenhaushalt Sombart in vielem untypisch für das Bildungsbürgertum in Berlin bzw. im Deutschen Reich, doch kann der Alltag dort durchaus als Paradigma für bürgerliches Leben im Dritten Reich gelten.

### Das Leben ging weiter . . .

Für Bremen<sup>3</sup> liegen ähnliche literarische Erinnerungen nicht vor. Auch wäre es für die Hansestadt wenig aussagekräftig, wenn man sich am Alltagsleben einer bildungsbürgerlichen Familie orientierte, da dieses als eigenständige soziale Gruppe in der Stadt quasi nicht präsent war und ist. Die ökonomischen und politischen Geschicke der Stadt wurden seit altersher bestimmt von der Kaufmannschaft, die flexibel genug war, sich mit den jeweiligen politischen Herren zu arrangieren. Diese Erfahrung prägte auch die Haltung der Kaufmannschaft vor 1933 gegenüber den Nationalsozialisten, zumal die NSDAP in Bremen lange Zeit als *quantité négligeable* gelten konnte und vor allem aus bürgerlichen Kreisen kaum Unterstützung erhielt.<sup>4</sup> Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Bremen behielten die Kaufleute ihr eher distanzierendes Verhältnis zu den „Proleten“ der NSDAP bei. Dem „Sich-Arrangieren“ auf der politischen Ebene entsprach die Ausblendung der veränderten Verhältnisse aus dem Privaten. Die Tagebuchnotizen von Friedrich Nebelthau<sup>5</sup> dokumentieren eindrucksvoll, daß selbst von politischen Repräsentanten der bremischen Kaufmannschaft die besondere Qualität des Wechsels in der Regierung, sprich der NS-Machtergreifung, nicht wahrgenommen wurde und daß zugleich das, was den Alltag dieser Schicht bestimmte, sich nicht wesentlich veränderte. So notierte Nebelthau am Tage der Neubildung des bremischen Senats nach den Reichstagswahlen vom 20.3.1933:

„... mit Tamina im Völkermuseum, um 19 Uhr empfang ich den neuen Präsidenten, unseren Senator Dr. Markert, den Dr. Firle begleitete ... zum Abendessen bei Ere. Helfferich, saß zwischen Frau Carl v. Siemens und der Hausfrau, reizender Abend.“<sup>6</sup>

Ähnliche Belanglosigkeiten hielt Nebelthau in den folgenden Monaten und Jahren fest: die Tagebucheinträge enthalten so gut wie keine Hinweise auf politische Ereignisse. So verbrachte Nebelthau den 10./11. November 1938 in der Umgebung Bremens – er war auf der Jagd in Eystrup und Moorhausen. Die Ereignisse der Reichskristallnacht werden nicht erwähnt.

Eine ähnliche Ausblendung der politischen Realität findet sich im Bericht des Syndicus der Gauwirtschaftskammer Bremen, Wilhelm Contag, über seinen Besuch bei bremischen Firmen im Generalgouvernement 1942:

„In einer Kreishauptstadt im Distrikt Radom wurden am Sonntagabend Erinnerungen aus Guatemala aufgefrischt, im Distriktkasino in Lublin wurde der Abend mit Histörchen aus Costarica ... gewürzt.“<sup>7</sup>

Daß die Kaufleute in besetzten Ländern ihre Niederlassungen errichteten, im Generalgouvernement die jüdischen Geschäfte übernommen hatten, daß Auschwitz in unmittelbarer Nähe war, dies ist weder im Bericht von Contag noch in anderen Berichten, die die Firmen im Auftrag der Handelskammer im Jahre 1944 verfaßten, präsent. Für den erprobten Übersekaufmann waren die Weiten der Ukraine nostalgische Erinnerung an die durchquerten Steppen Afrikas und Südamerikas, riefen heimatliche Gefühle in ihm wach – das Schicksal der Bevölkerung lag außerhalb seines Blickwinkels.

Nun besagen diese Zitate für sich allein nur wenig, allenfalls sind sie ein weiterer Hinweis darauf, daß es im Dritten Reich vom Regime geduldet, bzw. bereitgestellte Nischen gab.<sup>8</sup> Auch sind die genannten Quellen wenig aussagekräftig. Berichte offizieller Art sind – gerade unter dem NS-Regime – immer „geschönt“, Tagebuchaufzeichnungen sind – je nach Temperament des Schreibers – höchst unterschiedlich in ihrer politischen Relevanz. Ebensowenig ist es schichtspezifisch, sich in den täglichen Niederschriften auf die Dinge der äußerlichen Verrichtung zu beschränken – dies kennen wir auch aus Aufzeichnungen von Arbeitern. Berücksichtigt man jedoch diese quellenkritischen Überlegungen, so kann man die Tagebücher Friedrich Nebelthaus als wichtige Quelle für die Frage nutzen, wie der Alltag der bremischen Kaufmannschaft unter dem NS-Regime aussah, ob und wie er sich nach 1933 veränderte. So notierte Nebelthau penibel die gegenseitigen Besuche der alten, bekannten Familien in Bremen, der Wätjens, der Vietors und wie sie alle heißen, seine regelmäßigen Besuche im „Club zu Bremen“<sup>9</sup>, oder der Konzerte in der „Glocke“. Dies zeigt deutlich, daß das gesellschaftliche Leben in Bremen auch unter dem NS-Regime in ge-

wohnt Bahnen weiterging. Daß darüber hinaus in der subjektiven Wahrnehmung selbst im Krieg das Grauen ausgeblendet, bzw. die Frage nach Schuld oder Verantwortung für den Terror der Nationalsozialisten gar nicht erst gestellt wurde, dafür zeugt das Zitat von Wilhelm Contag über die Gespräche im Casino von Lublin.

### Das proletarische Gröpelingen

Einige vergleichende Überlegungen<sup>10</sup> zum Alltag im bürgerlichen Schwachhausen und im proletarischen Gröpelingen sollen im folgenden diesen ersten Befund erhärten und darüber hinaus die Unterschiedlichkeit von Handlungsspielräumen unter dem NS-Regime aufzeigen.

Bereits nach dem Reichstagsbrand setzten in Bremen erste Verfolgungsmaßnahmen gegen politische Gegner, zunächst gegen Kommunisten ein. Nach der Machtübernahme wurden SA-Männer zu Hilfspolizisten ernannt und Polizei und SA „überholten“ die Arbeiterviertel, vor allem das „rote Gröpelingen“. Eigentlicher Zweck dieser Razzien war die Einschüchterung insbesondere der organisierten Arbeiter. Zudem sind diese Aktionen als pure Racheaktionen zu werten, da die Nationalsozialisten sich vor 1933 in diese Viertel nicht hineinwagen konnten – es sei denn unter Polizeischutz. Bereits Ende März wurde im Stadtgebiet ein Konzentrationslager eingerichtet, mit zunächst ca. 150 Häftlingen, meist Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese ersten Verfolgungsmaßnahmen geschahen in aller Öffentlichkeit. Doch wer im bürgerlichen Schwachhausen lebte, war davon nicht direkt betroffen. Die Verfolgung von Kommunisten oder Sozialdemokraten wurde gerade in bürgerlichen Kreisen durchaus gebilligt, entsprach sie doch dem Wunsch, daß wieder „Ruhe und Ordnung“ herrschen solle. Anders in den Arbeitervierteln. Hier gab es wohl bald keinen, der nicht jemanden aus dem engeren Freundes- und Familienkreis kannte, der verhaftet war oder aber den Zugriff des Regimes fürchten mußte. Die Berichte über die Mißhandlungen der Schutzhäftlinge verbreiteten sich schnell, ebenso schnell wurden Solidaritätsaktionen für die Familien der Verhafteten organisiert. Das Verbot der Organisationen bedeutet mehr als den Verlust des politischen Zusammenhangs: Zugleich war das traditionelle Geflecht der Arbeiterkulturbewegung, wenn nicht sofort zerstört, so doch verändert und bedroht. Nicht umsonst bemächtigten sich die Nationalsozialisten der Symbole der Arbeiterbewegung: öffentliches Verbrennen von Fahnen, Wimpeln etc. bei der Übernahme des „Roten Hauses“ der KPD am 22.4.1933, oder aber der Befehl, daß am 1. Mai 1933 in Gröpelingen wie in allen Stadtteilen die Hakenkreuzfahnen gehißt werden mußten, was für die vormals organisierten Arbeiter eine große Demütigung war.

Im besonderen Maße waren Arbeiterjugendliche bzw. -kinder von dem Zugriff des Systems betroffen und zwar in anderer Weise noch als die aus bürgerlichen Haushalten. Nicht wenige von ihnen besuchten die nach der Revolution eingerichteten Versuchsschulen, an denen zum Teil äußerst engagierte, aus der Arbeiterbewegung kommende Lehrer unterrichteten, die nun entlassen wurden. Anders als an den Gymnasien, wo bereits vor 1933 die NSDAP einigen Einfluß hatte, und wo ohnehin das Gros der Lehrer eher konservativ bis völkisch-national gesinnt war, dürfte sich an den Volksschulen das Klima drastisch verändert haben.<sup>11</sup> Auffällig ist, daß in Bremen eine erstaunlich große Zahl von Arbeiterjugendlichen lange Zeit versuchte, den Zusammenhalt zu wahren, und zwar Kommunisten ebenso wie Sozialdemokraten. Für die SPD ist darüber hinaus zu sagen, daß der Impuls, illegal zu arbeiten, von diesen Jugendlichen ausging. Bis 1938 gingen SAJler gemeinsam auf Fahrt und sie versuchten, in den gleichgeschalteten Vereinen oder durch gemeinsamen Übertritt etwa in einen bürgerlichen Sportverein, sich dem Zugriff des Regimes zu entziehen. Dies traf auch für KJVDler zu, die meist jedoch noch enger an die illegale Arbeit der Partei angebunden waren.<sup>12</sup> Im Leben dieser – quasi in die Arbeiterbewegung hineingeborenen – Jugendlichen bedeutete die Etablierung des NS-Regimes sicherlich nicht nur einen negativen Einschnitt. Mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die Rüstungskonjunktur hatten sie ab 1934/35 endlich eine Lebensperspektive, nicht wenige von ihnen zogen aus dem Elternhaus aus und gründeten eine Familie. Was diese Jahre der Normalität für das Bewußtsein nicht nur der Jugendlichen sondern insgesamt der Arbeiterfamilien bedeutet haben, läßt sich nur schwer in seinen Auswirkungen ermessen. In ihnen begann jedenfalls der Rückzug ins Private und die Wandlung des politisch bestimmten Arbeitermilieus zum Bekanntenkreis. Leider fehlen bisher für Bremen jegliche Angaben darüber, in welchem Umfang sich Jugendliche aus dem Arbeitermilieu und aus den bürgerlichen Vierteln in der HJ organisierten, wie aktiv sie in der nationalsozialistischen Bewegung waren, ob diese Aktivitäten sie mit ihren Familien in Konflikte brachte.

Selbst für die Kriegsjahre – vor allem bis etwa 1941/42 – ist festzustellen, daß die Veränderungen im Alltag für die wohlhabenderen bürgerlichen Familien weniger einschneidend waren als für die proletarischen. Nicht nur profitierten nicht wenige direkt von der Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten – wir wissen, daß z.B. ukrainische Mädchen als Hausgehilfen in Bremen arbeiteten –, auch wurden Frauen aus dem Bürgerum höchst selten „dienstverpflichtet“, was immer wieder zu Unmut in der Bevölkerung führte, sie wurden in den Läden bevorzugt bedient und waren privilegiert bei der Kinderlandverschickung.<sup>13</sup>

## Das bürgerliche Schwachhausen

Diese Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, daß der Alltag der Kaufmannsfamilien in Bremen sich nach 1933 allenfalls geringfügig und langsam veränderte, daß das NS-Regime das Leben in Schwachhausen bzw. der traditionell bestimmenden Gruppen in Bremen weitgehend unangetastet ließ. Dem entsprach auf der politischen Ebene ein weiter bestehender Handlungsspielraum eben dieser Gruppen, allerdings auf der Basis einer weitgehenden Akzeptanz der neuen Herren. Das „Sich-Arrangieren“ bei gleichzeitiger Wahrung von Distanz entsprach einerseits der traditionellen politischen Flexibilität des hanseatischen Kaufmanns, die ja auch in der Koalition zwischen DVP und SPD, die vom Winter 1927/28 bis zur Auflösung des Senats im März 1933 bestand, zum Ausdruck kommt, andererseits gab es durchaus politische und wirtschaftliche Ziele, von denen die Kaufmannschaft hoffte, sie unter dem NS-Regime verwirklichen zu können. Diese Ziele lassen sich u.a. in der Rede, die der Vizepräsident der Handelskammer, Wilhelm Biedermann, am 16. April 1933 auf einer Versammlung der bremischen Kaufleute in der Börse hielt, herausfiltern. Biedermann, der im Gegensatz zum Präsidenten der Handelskammer, Gustav Scipio, Mitglied der DNVP war, machte deutlich, daß die bremischen Kaufleute den Verlust der Kolonien und die Niederlage im 1. Weltkrieg nie verwunden hatten. Von der NS-Regierung erhofften sie außenpolitisch die Wiedergewinnung der Kolonien, die Sicherung des „Platzes an der Sonne“. Daß dies keine Phantasterei eines einzelnen war, zeigen nicht nur ähnliche Äußerungen der Kammer in der Folgezeit, auch die Bestrebungen, Bremen zur Stadt des kolonialen Gedankens zu machen wie die gemeinsame Ausstellung von Partei, Wirtschaft und Senat „Bremen – Schlüssel zur Welt“, die 1938 in Bremen stattfand, sind Ausdruck für die imperialistischen Träume, denen die sonst so nüchternen Kaufleute anhängen.

Innenpolitisch erhofften sich die Kaufleute die Ausschaltung der Arbeiterorganisationen, ein Ziel, das ja von den Nationalsozialisten in kürzester Zeit umgesetzt war. Auf wirtschaftlichem Gebiet schienen die Interessen der Überseekaufleute Bremens den Autarkievorstellungen der Nationalsozialisten entgegengesetzt. Doch muß man bedenken, daß die Weltwirtschaftskrise den Handel fast zum Erliegen gebracht hatte. Bereits Ende 1933 war auch für den Handel eine Aufwärtstendenz spürbar, die sich 1934 fortsetzte, was sich allerdings vor allem im Export niederschlug. Bereits 1934 wurden über die bremischen Häfen wieder mehr Waren exportiert als 1929, 1938 hatten sich die Zahlen verdoppelt. Insgesamt jedoch erreichte das Volumen der gelöschten Waren in den bremischen Häfen erst 1938 das von 1929. Von entscheidender Bedeutung war jedoch die Rüstungskonjunktur, die bereits Ende 1934 in den Werften,

der Automobilbranche u.a. Industriezweige griff. Da die bremischen Kaufleute zugleich an den Industriebetrieben beteiligt waren – es gab in Bremen faktisch kein eigenständiges Industriekapital – profitierten sie direkt von der Aufrüstungspolitik der Nationalsozialisten.<sup>14</sup> Tatsächlich schien die Rechnung der Kaufleute aufzugehen. Die Besetzung entscheidender Stellen im bremischen Senat mit Männern aus ihren Reihen gelang; von den insgesamt neun Senatoren waren vier Kaufleute bzw. Firmeninhaber, hinzu kam Erich Vagts, der frühere Fraktionsvorsitzende der DNVP, ebenfalls aus einer alten Kaufmannsfamilie stammend. Zahlreiche Konflikte zwischen Vertretern der Kaufmannschaft und des Regimes kristallisierten sich um den Kernpunkt jeder bremischen Politik, nämlich den Erhalt der Selbständigkeit der Hansestadt. Diese schien durch den Zentralismus des Systems bedroht, der vor allem vom Gauleiter Weser-Ems, Carl Röver, vertreten wurde. Es ist bezeichnend, sowohl was die Macht der Kaufmannsschicht angeht, wie für die zunehmende Schwäche der Repräsentanten der „Bewegung“, daß Röver in den meisten dieser Konflikte schließlich unterlag.

Die Gleichschaltungsprozesse der bürgerlichen Vereinigungen zeigen, wie vorsichtig sich die NSDAP in den ersten Jahren gegenüber den Kaufleuten verhielt. So bedeutet die Gleichschaltung der Handelskammer keine einschneidende personelle Veränderung. Für die Übergangszeit bis zu den Neuwahlen am 7. Juli 1933 wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, in dem außer den ehemaligen Präsidiumsmitgliedern fünf Mitglieder der NSDAP saßen. In den Neuwahlen wurde Karl Bollmeyer zum Präses gewählt, Vizepräses wurde nunmehr u.a. Gustav Scipio, der frühere Präses. Karl Bollmeyer, der bis 1945 Präses blieb, verwaltete sein Amt mit großem Geschick und wußte, obwohl er Parteimitglied war, eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Regime zu wahren. Dies zeigte sich nicht nur in der Intervention der Handelskammer gegen antijüdische Maßnahmen – hier fürchteten die Kaufleute die Reaktion des Auslandes – oder zugunsten von Inhabern jüdischer Geschäfte, wie im Fall der Baumwollfirma Cohn, wo die Handelskammer gemeinsam mit dem Senat in Berlin Schritte unternahm, um wirtschaftliche Nachteile für Bremen zu verhindern, sondern auch im Beharren auf der Aufnahme von Nicht-NSDAP-Mitgliedern in Gremien der Kammer. Die Vorgänge um den „Club zu Bremen“ werfen ein ähnlich bezeichnendes Licht auf das Verhältnis von NS-Regime und Bürgertum in Bremen. Der „Club“ blieb zunächst von den neuen Machthabern völlig unbehelligt, er wurde von allen Gleichschaltungsmaßnahmen verschont. Im Dezember 1933 beging er sein 150jähriges Bestehen mit einer feierlichen Veranstaltung, zu der neben Bürgermeister Markert auch andere Vertreter der NSDAP geladen waren. Den Festvortrag allerdings hielt der Vizekanzler Franz von Papen und nicht ein führender Vertreter der Nationalsozialisten. Dies

wirkte auf den Führer der bremischen SA, Freiherr von Schorlemer, der sich ohnehin in Konflikt mit dem Senat befand, als Provokation. Er intervenierte bei den zuständigen Stellen und hatte Erfolg. Der „Club“ wurde endlich gleichgeschaltet, er mußte seinen Namen in „Haus der Hanse zu Bremen“ ändern. Ein neuer Vorstand wurde gebildet, die Satzung dem „Führerprinzip“ angepaßt. Daraufhin traten von 1.248 Mitgliedern 172 aus. Der Senat gab nach: Am 4. Februar 1935 durfte der „Club“ seinen alten Namen wieder annehmen.

Wie groß der Handlungsspielraum war, zeigt ein anderes Beispiel, das zugleich aufgrund seiner Einmaligkeit dokumentiert, wie wenig dieser Handlungsspielraum tatsächlich genutzt wurde. – Nach der Reichskristallnacht, in deren Verlauf ein jüdisches Arztehepaar ermordet wurde, protestierte Lou von Engelbrechten, die Ehefrau des Inhabers der Brauerei Beck & Co, die gemeinsam mit ihrem Mann Arnold seit 1933 Mitglied der NSDAP war, gegen die Ausschreitungen der SA – sie werde aus Protest gegen diese Vorgänge nicht am Eintopfessen teilnehmen. In einem weiteren Schreiben an die Kreisleitung begründete ihr Mann diesen Schritt und zeigte sich besonders verärgert, daß die offensichtlich inszenierten Ereignisse als „spontanes Luftmachen der Volkswut“ in der Presse dargestellt wurden.<sup>15</sup> Trotz mehrfacher Ermahnungen seitens der Kreisleitung, der es sichtlich unangenehm war, daß ein Mann in dieser Position eine derartige Kritik äußerte, blieb Engelbrechten bei seiner Auffassung. Am 6. Januar 1939 schrieb er:

„Ich möchte hiermit in aller Offenheit betonen – selbst auf die Gefahr hin, daß mich die Partei dann nicht mehr ihrer Reihen für würdig hält – daß ich mich diesem Verlangen (seine Kritik zurückzunehmen, I.M.) nicht bedingungslos unterwerfe, weil es im Leben etwas gibt, was sehr viel höher steht als Disziplin, und das ist die Ehre unseres Volkes.“<sup>16</sup>

Von Engelbrechten hatte allenfalls ein Parteiausschlußverfahren zu erwarten, ob es durchgeführt wurde, ist unbekannt. Das Verhalten des Ehepaars ist nicht repräsentativ für die Bremer Kaufmannschaft, es ist ein Einzelfall.

### Bremen – eine hanseatisch-liberale Enklave?

So entpuppt sich beim genaueren Hinsehen der dem bremischen Selbstverständnis entgegenkommende Eindruck, daß in der Hansestadt alles anders war, daß hier aufgrund der Liberalität der weltoffenen Kaufmannschaft, die zudem bereits vor 1933 ein Bündnis mit der Arbeiterschaft eingegangen war, die schlimmsten Auswüchse der nationalsozialistischen Herrschaft hatten verhindert werden können, als Fiktion, ja als Mythos. Es gab in Bremen weder einen

ernsthafte Versuch, die Juden vor den Transporten in die Vernichtungslager zu schützen – und zwar im privaten Bereich ebensowenig wie auf politischer Ebene – noch regte sich etwa Protest gegen die Zwangssterilisation. Im Gegenteil – gerade im Gesundheitsbereich konnten in Bremen die rassenhygienischen Vorstellungen der Nationalsozialisten voll durchgesetzt werden. Wir wissen sogar von einzelnen Betroffenen, die durch Verlegung etwa in Anstalten im katholischen Rheinland versuchten, sich dem Eingriff zu entziehen. Eben jener Erich Vagts, 1933 Senator, später bremischer Vertreter beim Reich, erfuhr wohl als erster politisch Verantwortlicher aus Bremen von den geplanten Euthanasieaktionen – auch hier kein Protest, kein Versuch, diese Morde zu verhindern. Trotz aller Ambivalenz in der Haltung der bremischen Kaufmannschaft, trotz vorhandener Distanz bei gleichzeitiger Beteiligung an der Macht, gab es auf Bremer Boden Konzentrationslager, wurden Kranke abtransportiert nach Hadamar, arbeiteten in der bremischen Rüstungsindustrie zehntausende Zwangsarbeiter „für den Sieg“. Das NS-Regime erwies sich auch in Bremen bis zum militärischen Zusammenbruch als weitgehend stabil – es konnte sich der Zustimmung weiterer Bevölkerungskreise sicher sein. Es war wohl nur eine Minderheit, vor allem aus der Arbeiterbewegung kommend, die in Gegnerschaft zum Regime verharrte. – Die Kaufmannschaft kooperierte trotz Distanz zum System und trug so zur Herrschaftssicherung das ihre bei. Wie das Bremer Beispiel einmal mehr zeigt, ist für die Bestimmung des Verhältnisses der Arbeiterschaft zum NS-Regime sehr genau zu differenzieren: So ist die Zustimmung der Arbeiter in den neuen, rasch expandierenden Betrieben z.B. der Luftfahrt- oder Autoindustrie mit einer zusammengewürfelten Belegschaft sehr viel größer als in den „Traditionsbetrieben“, in Bremen vor allem die Werften. Weiter sind die Jahre 1934/35 bis 1939, die lebensgeschichtlich als Jahre des relativen Wohlstandes und der Stabilisierung der Lebensverhältnisse erlebt wurden, zugleich Jahre, in denen das NS-System nicht mehr als nur bedrohlich erfahren wurde. In der Wahrnehmung wohl der meisten löste sich in dieser Zeit die politische Totalität auf in einzelne Facetten, die Zustimmung, Anpassung und Duldung oder Ablehnung hervorriefen. Dies heißt zugleich, daß für die Arbeiter die positiven wie negativen Veränderungen des Alltags stärker erfahrbar waren, daß die subjektiv empfundene Bedrohung durch das Regime größer war und die wahrgenommenen Handlungsspielräume kleiner waren als für diejenigen, die bereits vor 1933 Einfluß in Verwaltung und Staat hatten, wobei die Wahrnehmungsebene der politischen Realität zumindest teilweise entsprach.

Vertreter der bremischen Kaufmannschaft kooperierten auf vielen Ebenen mit dem Regime – nicht wenige von den alten Verwaltungsbeamten blieben nach 1933 im Amt, andere, wie der frühere Bürgermeister Theodor Spitta,

stellten sich noch im Krieg dem NS-Senat als Berater zur Verfügung, die Handelskammer arbeitete engstens mit der Bremer Regierung zusammen. Trotzdem gab es nur relativ wenige, die ihre Distanz aufgaben und Mitglieder bzw. Aktivisten der Partei wurden. Es soll nochmals hier betont werden, daß diese Distanz weniger in grundsätzlich politischen Differenzen zu sehen ist, sondern in dem Dünkel, mit dem die alten Familien Bremens auf die „Proleten“ der NSDAP herabblickten.<sup>17</sup> Wie bereits gezeigt wurde, hinderte sie diese Distanz keineswegs, unter dem Regime ihren Geschäften nachzugehen. Das Motto der bremischen Kaufleute „buten und binnen, wagen und winnen“ verlor auch in Kriegszeiten nicht an Bedeutung, man orientierte sich um, nun gen Osten . . . Das Regime seinerseits verzichtete von Anfang an darauf, die Kaufmannschaft mehr an das System zu binden oder gar eine aktive Zustimmung zu erzwingen, sondern akzeptierte die distanzierte Haltung, zumal keinerlei ernsthafte Konflikte hieraus entstanden. Die Frage – jenseits von individueller Schuld – bleibt, ob und inwieweit gerade dieses Verhalten der Kaufmannschaft zur Herrschaftssicherung mit beitrug – eine Frage, die es nicht nur für Bremen und die Kaufmannschaft zu stellen gilt.

#### Anmerkungen

- 1 Nicolaus Sombart, Jugend in Berlin 1933 – 1943. Ein Bericht. Fischer Frankfurt/M. 1986, S. 216.
- 2 Sombart, S. 8.
- 3 Mein Beitrag bezieht sich in wesentlichen Teilen auf: Inge MarBolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986.
- 4 Diese Schwäche der NSDAP dokumentiert sich nicht nur in den Wahlergebnissen – die Nationalsozialisten erzielten in der Hansestadt durchweg Ergebnisse, die weit unter dem Reichsdurchschnitt lagen –, sondern auch in den „Führungspersonen“. So währte die Amtszeit des ersten NS-Parlamentspräsidenten Otto Bernhard in Bremen nur gut zwei Monate (Mitte Januar bis März 1931), und im Mai 1931 mußten drei NS-Abgeordnete wegen krimineller Delikte zurücktreten, vgl. MarBolek/Ott, S. 55 ff.
- 5 Friedrich Nebelthau, 1863 – 1947, Mitglied der DDP, Syndicus, Senator, bremischer Gesandter beim Reich. Nebelthau wurde am 15.3.1933 von Rudolf Firlé (NSDAP) in seiner Funktion in Berlin abgelöst.
- 6 StaB 7.500 Tagebuch 1933 v. 22.3. N. war zu diesem Zeitpunkt noch in Berlin.
- 7 Sta 9. v, vgl. MarBolek/Ott, S. 353 ff.
- 8 Der Begriff „Nischen“ wurde wohl zum ersten Mal von Hans Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933 – 1945, München/Wien, 2. Aufl. 1982, verwandt. Inzwischen wurde dieser, für den Kulturbereich entwickelte Begriff von nahezu allen regionalgeschichtlichen Untersuchungen für andere Lebensbereiche im NS-Staat bestätigt.



- 9 Der „Club zu Bremen“ war die Vereinigung der politisch und wirtschaftlich führenden Persönlichkeiten der Hansestadt, zur Gleichschaltung des Clubs, s.u.
- 10 Da es bisher meines Erachtens weder empirisch noch theoretisch einigermaßen überzeugend gelungen ist, die verschlungenen Pfade der Anpassung im NS-Regime zu dokumentieren, bewegt sich das folgende teilweise im Bereich der Spekulation, die allerdings durch Fakten untermauert ist.
- 11 Hierüber wissen wir für Bremen wenig. Allenfalls läßt die relativ reibungslose Gleichschaltung des Lehrerverbandes den Rückschluß zu, daß die Mehrzahl auch der Volksschullehrer sich mit den neuen Herren rasch arrangierte, vgl. MarBolek/Ott, S. 142.
- 12 Pfingsten 1935 beauftragte das Regime die HJ, Jugendliche, die auf Fahrt gegangen waren, zu kontrollieren. Die HJ-Streifen beschlagnahmten eine erstaunlich große Anzahl an Wimpeln, Uniformstücken und anderen Symbolen aus der Arbeiterjugendbewegung – vgl. MarBolek/Ott, S. 174.
- 13 Die Lageberichte der Bremer Gestapo geben ein beredtes Zeugnis von der Unzufriedenheit über die tatsächlichen oder vermeintlichen Privilegien der „besseren Kreise“. Obwohl das Regime diese Klagen vielfach als berechtigt ansah, sah es sich offenbar nicht in der Lage, die Mißstände zu beseitigen.
- 14 Vgl. hierzu Dieter Pfliegensdörfer, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929 und 1945, Bremen 1986.
- 15 Von Engelbrechten an Kreisleiter Blanke 16.11.1938, in: StaB 7, 1066-1972/3/3 und 1978/1-11.
- 16 Ebd.
- 17 Pfliegensdörfer, der die ökonomischen Konflikte genauestens aufzeigt, betont, daß trotz einigem Dissens Zustimmung und Anpassung überwogen, S. 273.